



NIEDERSCHRIFT

über die 41. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 01.10.2013,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 19:32



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Rudolf Boesche

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid bis nach TOP 6.3 ö.S.

Hans Peter Thiel

Monika Vogler ab TOP 2 ö.S.

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott ab TOP 2 ö.S.

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop



Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

ab TOP 6 ö.S. bis nach TOP 7 ö.S.

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

ab TOP 5 ö.S.

Hans Volkhardt

bis nach TOP 6.3 ö.S.

FDP

Martin Heupel

bis TOP 7 ö.S.

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

ab TOP 6 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Franco Casella

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

ab TOP 6 ö.S.



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Bernhard Eck (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Claus Eisenstein (Jugendamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Joritz (Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Matthias Schmauder (Landesgartenschau Landau 2015 GmbH)

Sonstige

Michael Niedermeier (Leiter Pressestelle)

Carina Treitz (Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Natascha Walz

Bündnis 90/Die Grünen



Alexander Ellinghaus

FDP

Otto Pfaffmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, die Tagesordnung unter Punkt 4 der nichtöffentlichen Sitzung um eine weitere Personalvorlage zu ergänzen.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Ostbahnstraße und in den umliegenden Straßen
Vorlage: 101/181/2013
3. Neubesetzung des Schulträgerausschusses
Vorlage: 100/108/2013
4. Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 100/107/2013
5. 7. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd
Vorlage: 200/127/2013
6. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau
Vorlage: 200/126/2013
- 6.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aussetzung des Baubeginns für die Sporthalle an der Berufsbildenden Schule
Vorlage: 101/182/2013
- 6.2. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2013
Vorlage: 820/114/2013
- 6.3. Veränderungen zum Nachtragswirtschaftsplan 2013
Vorlage: 820/118/2013
7. Bildung einer Energieagentur „Region Weinstraße, Südpfalz“
Vorlage: 350/030/2013
8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan C17 A - Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann, Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/179/2012
9. Erweiterung des Verbrauchermarktes SBK in der Johannes-Kopp-Straße/ Guldengewann,



Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/235/2013

10. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Ostbahnstraße und in den umliegenden Straßen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. September 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Die Diskussion um verkehrsberuhigende Maßnahmen werde in Landau schon seit Jahren geführt. Mit diesem Antrag wolle man der Diskussion einen weiteren Baustein hinzufügen. Das von den Anwohnern entworfene Konzept habe man in diesen Antrag gebracht. Es gehe dabei um eine sinnvolle und praktische Handhabung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen in diesem Gebiet. Er bitte, den Antrag zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. September 2013 zur Einführung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Ostbahnstraße und in den umliegenden Straßen wird in den Arbeitskreis Verkehr verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Neubesetzung des Schulträgerausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. September 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Herrn Dr. Andreas Hülsenbeck, Liebigstraße 16, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Schulträgerausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Wahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk der Stadt Landau in der Pfalz

Ratsmitglied Prof. Leiner war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 12. September 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat schlägt dem Direktor des Amtsgerichts Landau in der Pfalz vor,

Herrn Ulrich Müller-Weißner, An der Hammerschmiede 5, 76829 Landau in der Pfalz

als Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk der Stadt Landau in der Pfalz zu berufen.

Er schlägt dem Direktor des Amtsgerichts Landau in der Pfalz weiter vor,

Herrn Prof. Peter Leiner, Am Goethepark 4, 76829 Landau in der Pfalz

als stellvertretende Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Landau in der Pfalz zu berufen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

7. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 18. September 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass in dem Controllingbericht deutliche Risiken formuliert seien. Es seien eine ganze Reihe von Bescheiden des Landes angekündigt:

- Bescheid über 80 % Förderung zur Kampfmittelsondierung
- Bescheid zur Förderung der Sporthalle Süd
- Bescheid zur 80 % Förderung des Freizeitbereiches

Er wolle wissen, bis wann mit diesen Bescheiden zu rechnen sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass bisher ein Protokoll über das Gespräch bei der Ministerpräsidentin vorliege, in dem die besprochenen Punkte dokumentiert seien. Ein schriftlicher Bescheid sei allerdings noch nicht da.

Herr Messemer ergänzte, dass für den 18. Oktober ein Termin mit dem Ministerium für ein Abstimmungsgespräch zur Entwicklungsmaßnahme vereinbart sei.

Ratsmitglied Dr. Migl bemängelte, dass der Geschäftsführer der LGS GmbH für die durch fehlende Ausschreibung zur Kampfmittelräumung entstandenen Kosten die Verantwortung ablehne. Dies sei sehr unbefriedigend. Ein zweiter Punkt sei der Einsparvorschlag zur Senkung des Einnahmedefizits. Hier werde der Verzicht auf den temporären Aufzug genannt. Bisher habe es immer geheißen, dass das Land auf den Aufzug bestehe. Daher stelle sich die Frage, ob dieser Einsparvorschlag realistisch sei. Die Brücke Ost liege 22,5 % über der Veranschlagung, deshalb brauche man möglicherweise noch andere Vorschläge, wie das Defizit abgebaut werden solle.

Der Vorsitzende stellte klar, dass der temporäre Aufzug gebaut werde. Dies habe man im Aufsichtsrat so bestätigt. Einnahmen seien die Besucherzahlen, darüber müsse das Defizit gedeckt werden. Weitere Einsparungen sehe er nicht. Zur Verantwortung des Geschäftsführers stelle er klar, dass dies nichts außergewöhnliches sei. Man könne nicht für etwas Verantwortung übernehmen, für das man nichts könne.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 3. September 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede. Normalerweise sei die Funktion des Nachtragshaushaltes, nachzusteuern. Nun habe man in den letzten 3 Monaten bedeutende Herausforderungen zu bewältigen gehabt. Die Konsequenz daraus, sei die Verschiebung der Landesgartenschau ins Jahr 2015 gewesen. Es seien arbeitsintensive Wochen gewesen, daher gelte sein Dank allen die daran mitgewirkt hätten, der LGS GmbH, der Verwaltung und dem Stadtrat.

Die Landesgartenschau sei und bleibe ein wichtiger Entwicklungsfaktor für unsere Stadt. Sie sei ein wichtiger Impulsgeber für öffentliche und private Investitionen. Diese Debatte zum Nachtragshaushalt habe sich um die beiden Themenkomplexe Kampfmittel und Sporthallenkonzeption gedreht. Im Ergebnishaushalt würden sich die Erträge um 2 Millionen Euro auf 118,2 Millionen Euro erhöhen. Der Hauptgrund sei die gute Konjunktur und die prosperierende Entwicklung unserer Stadt. Im Gegenzug würden sich auch die Aufwendungen um 1 Million Euro auf rund 130,6 Millionen Euro erhöhen. Somit reduziere sich der Fehlbetrag um 968.000 Euro auf jetzt noch 12,4 Millionen Euro. Die Kampfmittel seien Lasten und Folgen des 2. Weltkrieges. Man habe eine schwierige Diskussion gehabt, da die Kampfmittelräumung mit erheblichen Kosten verbunden sei. Die Kosten lägen bei 1,075 Millionen Euro für das Sport- und Freizeitareal. Hier gebe es die Förderzusage des Landes über 80 % zumindest im vorliegenden Gesprächsprotokoll. Für die Entwicklungsmaßnahme sei die Förderfähigkeit mit 85 % anerkannt, ausgehend von Kosten von 2,335 Millionen Euro brutto. Daraus ergebe sich für 2013 und 2014 ein zusätzlicher Finanzbedarf von 2 Millionen Euro. Mehrfach sei ja auch ein Kassensturz gefordert worden um die Frage zu beantworten: Wie steht unsere Stadt insgesamt da? Die Kämmerei sei mit Hochdruck an den Jahresabschlüssen. Schon jetzt könne man sagen, dass eine sehr erfreuliche Entwicklung eingetreten sei. In den Ergebnishaushalten 2008 bis 2013 ergebe sich eine um 55 Millionen Euro verbesserte Situation. Der Schuldenstand bei den investiven Schulden stagniere und liege seit 2011 bei 42,7 Millionen Euro. Wichtig sei auch, dass sowohl 2011 als auch 2012 die genehmigte Kredithöhe nicht voll ausgeschöpft wurde. Gleichwohl habe sich Landau bestens entwickelt. Dies sei in der Stadtentwicklung sichtbar, auch der Gewerbepark boome. Landau sei eine prosperierende Stadt in voller Blüte. Bemerkbar sei dies vor allem bei den Steuereinnahmen einschließlich der Schlüsselzuweisungen. Diese hätten sich von 50,5 Millionen im Jahre 2008 auf 61,5 Millionen Euro in 2012 verbessert. Daran zeige sich, dass man gemeinsam die richtigen Schwerpunkte gesetzt habe. Die Kassenkredite habe man im Griff behalten, sie lägen seit 2010 konstant zwischen 63 und 68 Millionen Euro. Im Finanzhaushalt betrage der Gesamtkreditbedarf 9,285 Millionen Euro. Darin sei die zugesagte Förderung zur Kampfmittelräumung noch nicht enthalten. Er danke der Kämmereiabteilung für die übersichtliche Darstellung der Haushaltsunterlagen. Als „vorsichtiger Kaufmann“ habe man im Durchführungshaushalt der Landesgartenschau die Besucherzahl bei 600.000 belassen; dies wäre das „Worst-case-Szenario“. Er gehe davon aus, dass es für die Kampfmittelräumung südlich des Gleisbogens eine 80 %-Förderung des Landes gebe. Dann stünde der Anteil des Landes an der LGS bei 27,022 Millionen Euro und der der Stadt bei 7,95 Millionen Euro. Bei der Diskussion mit dem Land in den letzten Wochen sei manches ärgerlich, manches schleppend und manches auch schwer verständlich gewesen. Aber man dürfe nicht vergessen, dass das Land unsere Stadt maßgeblich unterstütze und ein Entwicklungsmotor für die Stadt sei. Allein in den Jahren 2009 bis Oktober 2013 seien für Kindertagesstätten, Schulen, Städtebau, Straßenbau, Landesgartenschau, Brand- und Katastrophenschutz sowie Sport und Kultur insgesamt 35,644 Millionen Euro vereinnahmt worden. Damit relativiere sich manche Kritik, auch wenn man gleichwohl um jeden Cent kämpfe. Zur Sporthallensituation erinnere er nochmal daran, dass die Rundsporthalle keine Zukunft habe, hier wären Millionen zu investieren. Daher sei man zu der Lösung mit zwei 2-Feld-Hallen gekommen. Dies in der Annahme einer Förderung von 40 % bei der Halle an der BBS und evtl. 40 % für die Halle am Sportzentrum West. Vom Land seien nunmehr zwei Bescheide eingegangen. Im



Zuwendungsbescheid seien von 2,9 Millionen Euro 2,5 Millionen Euro als förderfähig anerkannt. Bei einem Satz von 40 % sei dies

1 Million Euro. Mit dem Bewilligungsbescheid seien allerdings bis 2015 nur 200.000 Euro bewilligt, der Rest stehe unter späterem Haushaltsvorbehalt. In Gesprächen mit der Ministerin und der Ministerpräsidentin sei ihm zugesagt worden, dass diese Mittel fließen. Es gebe bisher keine Maßnahme des Landes, in denen die im Zuwendungsbescheid zugesagten Mittel nicht geflossen seien. Er habe hier kein Misstrauen gegenüber dem Land. Gleichwohl habe er durchaus Verständnis für den Antrag der CDU-Fraktion. Wenn man Zeit hätte, könnte man das Ganze auch nochmal aufschnüren und neu diskutieren. Taktgeber sei aber die Rundsporthalle mit ihrer noch maximalen Öffnungszeit bis 2014 oder 2015. Die Zeit sei schlicht und einfach nicht vorhanden. Wenn man jetzt nicht kurzfristig entscheide, werde man die Halle an der Berufsbildenden Schule nicht vor der Sporthalle West bauen können. Die Berufsbildende Schule sei die mit Abstand größte Schule unserer Stadt mit der größten Oberstufe. Die Schule habe klar Position bezogen und habe heute eine Unterschriftenliste von 729 Schülern und 57 Lehrern übergeben. Man stehe in Verantwortung für die Schulen und habe jetzt die Möglichkeit, dieses Konzept umzusetzen. Die Haushaltszahlen seien Beleg dafür, dass man für eine seriöse Haushaltspolitik stehe. Er würde das nicht vorschlagen, wenn die Risiken die man eingehe, nicht vertretbar wären.

Dass dies für den Rat viel gewesen sei in den letzten Wochen gestehe er gerne ein. Aber man könne sich die Zeiten nicht herausuchen, die Herausforderungen seien so wie sie sind. Gerade dann müsse das Prinzip sein Verlässlichkeit, Flexibilität, Schnelligkeit und Seriosität. Daher bitte er eindringlich, sich trotz Bedenken einen Ruck zu geben und der Vorlage der Verwaltung zuzustimmen. Es sei dies eine überfällige Lösung für die Berufsbildende Schule. Auch der Ersatz am Sportzentrum West werde kommen, davon sei er überzeugt. Gemeinsam werde man das schaffen, wie man auch schon vieles andere in der Stadt geschafft habe. Er danke allen Beteiligten, die in den letzten Wochen enorm viel geleistet hätten. Vor 3 Jahren sei das Gartenschau Gelände eine Militärbrache gewesen. Vieles sei in den letzten Jahren geleistet worden trotz der Landesgartenschau. Auch bei den Schulsanierungen seien keine Abstriche gemacht worden. Sein Dank gelte den Mitarbeitern der Verwaltung, dem Stadtvorstand und dem Stadtrat, der dies mitgetragen habe. Ein ausdrücklicher Dank gelte auch der Bürgerschaft, die gerade das Großprojekt Landesgartenschau mittrage. Deshalb hoffe er auf eine gute, offene, konstruktive Beratung. Man sollte überzeugen mit einer guten Debattenkultur, mit zuhören und eingehen auf Argumente anderer.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass dies eine der bedeutsamsten Nachtragshaushaltsdebatten sei, die der Stadtrat bisher hatte. In diesem Jahr nehme man mehr als Korrekturen und Feinjustierungen vor. Die Landesgartenschau sei ein Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Land. Daher sei es richtig, dass die Lasten, die durch die Kampfmittelsondierung entstehen, auch gemeinsam getragen werden. Der Oberbürgermeister habe den Vorschlag des Gespräches in Mainz eingebracht und die Fraktionen hätten dies unterstützt. Das Land habe einen Rettungsschirm gespannt und weitreichende Förderzusagen gegeben. Die Dinge seien wieder ins Lot gebracht. Es werde auch künftig Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten geben, aber das Problembewusstsein sei auf beiden Seiten gewachsen. Er danke dem Oberbürgermeister, dass er dem Versuch widerstanden habe, einen Kurs der Konfrontation zu fahren. Die Landauer hätten sich von Pessimismus und Schwarzseherei nicht anstecken lassen.

Für die SPD-Fraktion gelte die Devise, nicht mit der Brechstange Konsolidierungsversuche zu erzielen. Einen solchen Kurs werde man nicht mitgehen. Ein geringerer Fehlbetrag und Mehreinnahmen seien wichtige Zeichen einer positiven Entwicklung auf dünnem Eis. Bei dem Ziel der besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen sei die Novellierung des Landesfinanzausgleichsgesetzes ein Schritt in die richtige Richtung. Er hoffe nun auch auf wegweisende Entscheidungen der künftigen neuen Bundesregierung.

Landau sei auf einem guten Kurs, diese Botschaft gehe von dem vorgelegten Nachtragshaushalt aus. Hierzu gehöre Verlässlichkeit und dass man zu seinem Wort stehe. Dies gelte auch beim Thema Sporthallen. Auf die SPD sei Verlass, man stehe zu seinem Wort und zum Beschluss einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule. Den im April gefassten Beschluss jetzt aufzuweichen, habe die mit Abstand größte Landauer Schule nicht verdient. Wenn man jetzt das Signal auf Halt stelle, sei überhaupt niemandem gedient. Die Alternative eines Stopps sei, dass es nur eine innerstädtische



Sporthalle gebe. Dem Oberbürgermeister sei es gelungen unter den geänderten Vorzeichen einen gangbaren Weg aufzuzeigen. Das vorliegende Konzept sei die richtige Antwort auf veränderte Umstände. Die Nutzungsdauer der Rundsporthalle sei nicht verlängerbar, daran müsse man sich orientieren. Wer sich der BBS-Halle verweigere, handle verantwortungslos. Die Chance auf diese Sporthalle werde in dieser Form nicht mehr kommen. Bisher sei dies im Rat Konsens gewesen, aus diesem Konsens werde die SPD-Fraktion nicht aussteigen. Man werde keine Landauer Springprozession veranstalten. Die SPD-Stadtratsfraktion werde den Antrag der CDU ablehnen und dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass er zunächst dem Lob aufs Land etwas entgegensetzen müsse. In keinem Flächenland Deutschlands seien die Kommunen stärker verschuldet als in Rheinland-Pfalz. Unter den 10 am stärksten verschuldeten Städten Deutschlands seien 5 aus Rheinland-Pfalz. Das Problem sei nicht aktuell, sondern den letzten 5 Jahren geschuldet. Mit einer Deutlichkeit, die kaum zu überbieten sei, habe das Verfassungsgericht der Landesregierung bescheinigt, dass die Kommunen zu schwach ausgestattet seien. Die bundesweiten Rahmenbedingungen seien nie so gut gewesen wie jetzt. Man habe ein historisch niedriges Zinsniveau und sprudelnde Steuereinnahmen. Trotzdem sei man in Landau weit weg von Schuldenabbau. Im Gegenteil habe man in den letzten Jahren 15 Millionen Euro neue Fehlbeträge aufgebaut. Zudem habe man enorme Risiken, wenn beispielsweise die Zinsen nur um 1 % steigen.

Er finde es gut, dass Schüler, Eltern und Lehrer der BBS heute hier seien. Gerne würde er für den Bau der Sporthalle mitdemonstrieren in Mainz und im Büro des Oberbürgermeisters. Dort seien die richtigen Adressaten der Demonstration. Er frage den Oberbürgermeister, wo die 40 % Zuschuss des Landes seien, die Grundlage des Beschlusses gewesen seien. Die CDU-Fraktion habe damals das Gesamtkonzept eingefordert mit BBS-Halle, LGS-Halle, Halle am Sportzentrum West und die Halle des ASV. Die BBS-Halle sei nie eine separate Entscheidung gewesen, sondern man habe sie immer im Kontext gesehen. Es sei Konsens im Rat gewesen, dass die BBS-Halle nur gebaut werde, wenn die 40 % Landeszuschuss fließen. Jetzt sei die Situation so, dass man 200.000 Euro sicher habe. Bei dieser Haushaltssituation des Landes müsse man davon ausgehen, dass die weiteren 800.000 Euro nicht mehr fließen werden. Dadurch sei die Grundlage für die damalige Entscheidung entfallen. Im Sportzentrum West sei immer klar gewesen, dass man das nur mache wenn es die zugesagten 1 Million Euro Förderung gebe. Er frage, wie sicher dieser Betrag sei. Die Halle des Turnvereins im ASV könne man vollkommen vergessen. Wenn das so weitergehe, gehe das in Richtung einer katastrophalen Haushaltssituation. Der Oberbürgermeister versuche, die Situation mit Verschiebungen zu kompensieren. Es scheine, als seien Verschiebungen das neue Hobby des Oberbürgermeisters. Die Kosten der Verschiebungen würden aber irgendwann im Haushalt einschlagen. Der Stadtrat müsse sich fragen, ob er ernst genommen werden wolle oder ob er weiterhin Beschlussvorlagen akzeptiere, die nach kurzer Zeit Makulatur seien. Bevor ein Beschluss in Beton gegossen werde und irreversibel sei, brauche man endlich belastbare Fakten. Vor dem Beschluss zum Bau einer Halle an der BBS brauche man eine klare Perspektive für den Standort an der Rundsporthalle. Er frage konkret, ob man mit dem Landeszuschuss beim Standort Rundsporthalle rechnen könne, wann und in welchem Umfang. Wie sei der genaue Zeitplan für den Ersatz der Rundsporthalle? Man riskiere, dass am Sportzentrum West für lange Zeit keine Hallenkapazität zur Verfügung stehe. Damit würden das Otto-Hahn-Gymnasium, das Max-Slevogt-Gymnasium, die Konrad-Adenauer-Realschule plus und tausende Sportler wertvolle Sportflächen verlieren. Er bitte daher, dem Antrag der CDU zuzustimmen und eine Entscheidung erst zu treffen, wenn alle Fakten klar und die Risiken abschätzbar seien. Für die CDU-Fraktion sei dies ein wesentlicher Punkt dieser Nachtragshaushaltsberatungen. Wenn der Antrag der CDU abgelehnt werde, dann werde sich die CDU-Stadtratsfraktion bei der Abstimmung des Nachtragshaushaltes enthalten.

Ratsmitglied Brunner war der Auffassung, dass man heute nur über den Nachtragshaushalt diskutiere. Dieser habe mit der Kampfmittelräumung und der Sporthalle an der BBS zwei zentrale Punkte. Die Kampfmittelräumung müsse sein und über die Sporthalle wolle man als Grüne auch nicht diskutieren. Die Halle habe man beschlossen und brauche man auch dringend. Es liege ein Bewilligungsbescheid vor und man traue Regierungsbescheiden. Deshalb gebe es keine Veranlassung hier ein Fass



aufzumachen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth stellte zunächst aus seiner Sicht klar, dass erst mit der Zurückstellung des Beschlusses zur Kampfmittelräumung die Sache beim Land ins Rollen gekommen sei. Das Land hätte sich auch schon früher bewegen können. Zu den einzelnen Punkten des Nachtragshaushaltes wolle er gar nichts sagen, da es sich auf den einen Punkt Sporthalle an der BBS konzentriere. Hier sehe er Äußerungen von Seiten der CDU deutlich kritischer. Die Halle an der Berufsbildenden Schule werde schon seit Jahrzehnten hin und her verschoben. Der Rat habe gemeinsam ein Gesamtkonzept beschlossen, von dem die CDU nun abrücke. Dies sei für ihn wirklich ärgerlich. Die Finanzsituation sei eben nicht außergewöhnlich schlecht, sondern außergewöhnlich gut. Man habe hohe Schlüsselzuweisungen, die Gewerbesteuer fließe in nie gedachtem Ausmaße. Der Haushalt sei besser als in der Vergangenheit. Daher gebe es keinen Grund, dieses Projekt jetzt zu Fall zu bringen. Es sei doch nichts neues, das Projekte verschoben werden. Dies sei schon immer so gewesen. Man habe einen Bewilligungsbescheid und die Gelder würden fließen, wenn auch verzögert. Die Rundsporthalle müsse geschlossen werden, dies habe der Statiker eindeutig gesagt. Dann habe man ein Defizit an verfügbarer Hallenkapazität. Wenn man dem Vorschlag der CDU folge, habe man nur noch eine Zwei-Feld-Halle am Sportzentrum West. Dies wäre dann ein erheblicher Verlust nicht nur für den Schulsport, sondern auch für die Vereine. Außerdem seien beim Worst-case noch keinerlei Zuschüsse eingerechnet. Die FWG-Stadtratsfraktion werde den Antrag der CDU ablehnen und dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass man positive Auswirkungen im laufenden Haushalt habe. Landau sei modern, attraktiv, lebenswert und habe sich gut entwickelt. Traurig stimme allerdings die Sporthallensituation. Keiner hier im Rat sei gegen die Sporthalle an der BBS, im Gegenteil, alle seien dafür. Man wolle, dass die Schulen und Vereine ordentlich Sport machen können. Die FDP schließe sich der Position der CDU an. Man könne nicht im April ein Grundkonzept auf den Weg bringen und jetzt nach geändertem Sachverhalt einfach so weitermachen. Die kalkulierten Zuschüsse seien durch die Bescheide mit Vorbehalten und Ungewissheit gekennzeichnet. Es sei dies nun eine komplett neue Situation. Hier würden durch Verschieben haushaltspolitische Winkelzüge gemacht. Die zu verschiebenden Maßnahmen seien jedoch auch wichtig und müssten realisiert werden. Ohne das Land könne man dieses Konzept nicht realisieren. Die FDP-Stadtratsfraktion werde dem Antrag der CDU zustimmen um Sicherheit zu bekommen. Wenn der Antrag keine Mehrheit bekomme, werde man sich beim Nachtragshaushalt enthalten.

Ratsmitglied Marquardt sah im Nachtragshaushalt durchaus positive Entwicklungen. Trotz der Verbesserungen gebe es immer noch einen Kreditbedarf von 9,9 Millionen Euro. Auch in diesem Jahr würden wieder notwendige Modernisierungsmaßnahmen bei den Schulen und im Wohnhausbesitz geschoben. Gerade beim städtischen Wohnhausbesitz sei von ursprünglich 1,675 Millionen Euro noch ein Nettobetrag von 400.000 Euro übrig geblieben. Trotz des Verkaufs einer Fläche des Friedhofs Godramstein mit Einnahmen von 300.000 Euro habe man im April die Friedhofsgebühren erhöht. Grund für die Erhöhungen sei wohl auch hier die Landesgartenschau, so dass wieder einmal der Bürger die Zeche zahle. Dem Antrag der CDU werde die UBFL-Stadtratsfraktion nicht zustimmen. Die oberste Priorität der UBFL-Fraktion liege beim Bau einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule. Dem Nachtragshaushalt werde die UBFL-Stadtratsfraktion nicht zustimmen.

Ratsmitglied Schwarzmüller bezeichnete die Haushaltslage der Stadt als desolat. Dies wisse man schon lange. Diesem Nachtragshaushalt werde sie zustimmen. Man habe die Zusage an die BBS für die Sporthalle gegeben. Es wäre nicht vermittelbar, wenn hier nochmal geschoben werde.

Der Vorsitzende wies die Äußerungen von Herrn Lerch zurück. Dieser zeichne ein düsteres und dramatisches Bild, das so nicht stimme. Gewerbeansiedlungen und damit auch Verbesserungen im Haushalt seien dem guten Standort Landau geschuldet. Der Kernpunkt des Streites sei die Frage, ob das Geld vom Land jetzt komme oder nicht. Er kämpfe beim Land um jeden Cent, dies sei ganz klar.



Den Anspruch, ein Ermöglicher zu sein, den habe er an sich. Dies könne er aber nicht alleine, denn die Gemeindeordnung sehe eine ausgeklügelte Machtverteilung vor. Der Rat sei der Souverän, alleine könne er nichts entscheiden. Schon immer würden bei jeder Haushaltsberatung Dinge aus strategischen Gründen geschoben. Der Druck von der Kommunalaufsicht in die Ergebnishaushalte werde bleiben. Man könne sich sicher nicht zurücklehnen. Er sei überzeugt, dass dieser Nachtragshaushalt genehmigt werde. Das Land habe sich zu den 40% Förderung bekannt. Er denke, dass der Rat dies mittragen könne.

Ratsmitglied Kautzmann unterstrich, dass es eben keine verbindliche Zusage des Landes über die 1 Million Euro gebe. Nur 200.000 Euro seien verbindlich, 800.000 Euro würden unter Vorbehalt stehen. Darüber würde man heute beschließen. Man müsse hier ein Signal an die Landesregierung senden, dass man verlässliche Daten wolle. Die Sporthalle für die Berufsbildende Schule wolle man im Grunde nicht aufhalten. Aber es gehe um die Frage, wie die Perspektive aussehe. Bei der CDU seien die Alarmglocken angegangen, als man den Bescheid gesehen habe. Er könne nur appellieren, die Gesamtverantwortung für die Stadt zu sehen. Hier gehe es um fundamentale Dinge. Die Kommunen müssten Flagge zeigen gegen das veränderte Verhalten des Landes.

Ratsmitglied Eichhorn erinnerte daran, dass bisher Maßnahmen erst begonnen werden durften, wenn die Finanzierung gesichert ist und die Fördermittel zugesagt seien. Dies werde hier durchbrochen. Die Finanzierung stehe hier bisher nur auf eigenen Mitteln.

Ratsmitglied Herdel war der Auffassung, dass die Vorbehalte die von Bund und Land ausgesprochen werden, doch immer relativ seien. In der Regel kämen die Gelder immer, wenn auch verzögert.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass diese Diskussion vor 3 Jahren vollkommen anders verlaufen wäre. Mittlerweile habe man einige Erfahrungen gemacht. Dies sei ein Stück weit Vertrauensverlust gegenüber dem Land.

Ratsmitglied Heuberger unterstrich, dass ein Sporthallenkonzept beschlossen worden sei unter der Bedingung der Zuschusszusage des Landes. Dieser Sachverhalt sei weggefallen, insofern sei der Beschluss von damals nicht mehr existent. Es könne durchaus sein, dass das Land nach der Sporthalle auf dem Landesgartenschau Gelände und einer an der Berufsbildenden Schule bei der dritten Sporthalle den Schlusstrich ziehe. Beim Umgang mit der Landesregierung habe man immer die positive Erfahrung gemacht, dass das Land sich bewege wenn Widerstand aus den Kommunen komme. Dieser Vorbehalt von 800.000 Euro sei für den städtischen Haushalt nicht vertretbar.

Ratsmitglied Hott rechnete vor, dass sich die Mehrkosten für die Sporthalle auf dem Gartenschau Gelände, für die Sporthalle an der BBS und für die Halle am Sportzentrum West auf 2,3 Millionen Euro belaufen würden. Er sei Anhänger des beschlossenen Sporthallenkonzepts und er stehe auch zu dem Konzept. Wenn der Haushalt von der ADD nicht genehmigt werde, dann habe man eine schwierige Situation, die er vermeiden wolle.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 21 Ja,- 3 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen:

den Nachtragshaushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1.	im <u>Ergebnishaushalt</u>	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	118.160.053,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>130.559.026,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 12.398.973,00 €
2.	im <u>Finanzhaushalt</u>	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	112.936.053,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>120.176.815,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-7.240.762,00 €



die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	19.929.750,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>28.100.269,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 8.170.519,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	18.134.281,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>2.723.000,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	15.411.281,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	151.000.084,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>151.000.084,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	- 0,00 €
3. Verpflichtungsermächtigungen	4.535.000,00 €
4. über den Nachtragsstellenplan	
5. die Verbindlichkeit der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 - 2016	
6. Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung	
im <u>Ergebnishaushalt</u>	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	211.590,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>393.800,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-182.210,00 €
im <u>Finanzhaushalt</u>	
die ordentlichen Einzahlungen auf	211.590,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>333.500,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-121.910,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	436.000,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	436.000,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	647.590,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>333.500,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	314.090,00 €





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.1. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aussetzung des Baubeginns für die Sporthalle an der Berufsbildenden Schule

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 23. September 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Inhaltlich wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 6 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 17 Ja- und 23 Nein-Stimmen:

den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, den Baubeginn für die Zweifelhalle an der BBS bis zur Beratung über die mittelfristige Finanzplanung im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2014 und bis zur Vorlage einer positiven Stellungnahme der ADD sowie des ISIM auszusetzen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.2. (öffentlich)

Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2013

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 28. August 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Inhaltlich wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 6 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 21 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2013 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz und den nachfolgenden Zahlen:

Erfolgsplan:	
Erträge	12.907.500,00 EURO
Aufwendungen	12.907.500,00 EURO
Differenz	0,00 EURO

Vermögensplan:	
Einnahmen	6.095.300,00 EURO
Ausgaben	6.095.300,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2013 wird festgesetzt auf 1.115.215 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) bleibt unverändert und wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2014 bis 2016 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf:

2014: 3.174.500 EURO.

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen in 2014 voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von 635.300 EURO aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung für die Stadt Landau in der Pfalz.

c) Der Stadtrat stimmt der Anhebung einer bisher nicht besetzten Zuarbeiterstelle (bisheriger Stellenwert E 6 TVöD) auf den Stellenwert E 9 TVöD für eine Sachbearbeiterstelle im technischen Bereich zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.3. (öffentlich)

Veränderungen zum Nachtragswirtschaftsplan 2013

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 20. September 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Inhaltlich wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 6 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 17 Enthaltungen:

die Änderung der vorliegenden Sitzungsvorlage zum Nachtragswirtschaftsplan wie nachfolgend dargestellt:

unter a)

Vermögensplan:

Einnahmen	6.095.300,00 EURO
Ausgaben	6.095.300,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2013 wird festgesetzt auf 1.115.215 EURO.

unter b)

Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2014 bis 2016 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

Wirtschaftsjahr 2014: 3.174.500,00 EURO.

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen in 2014 voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von 2.009.300,00 EURO aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung für die Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Bildung einer Energieagentur „Region Weinstraße, Südpfalz“

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 28. August 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Klemm erläuterte die Vorlage. Landau habe bei diesem Thema eine Vorreiterrolle haben wollen und habe daher die Koordination mit den anderen Kommunen übernommen. Landau sei auch beim Thema Energiewende und erneuerbare Energien ein Vorbild in der Südpfalz. Er wolle hier nur die Themen Klimaschutzkonzept, die Umweltmesse und den Tag der Nachhaltigkeit erwähnen. Durch die Gründung der regionalen Energieagentur verspreche man sich die Unterstützung und Verzahnung verschiedener Aktionen und Aktivitäten. Es sei sinnvoll, die Entscheidung erst jetzt zu treffen und nicht schon vor einem Jahr. Damals seien zu viele Unwägbarkeiten wie beispielsweise die Finanzierung gewesen. Heute könne man klare Strukturen vorlegen. Zwischenzeitlich habe die Stadt Neustadt erklärt, ebenfalls an der Regionalen Energieagentur teilzunehmen. Bedauerlich sei hingegen der negative Beschluss des Kreistages Südliche Weinstraße. Geklärt sei mittlerweile die Standortfrage. Die Universität biete Räumlichkeiten in der Bürgerstraße zur Unterbringung der Energieagentur an. Das Land habe entschieden, dass es damit zwei Standorte gebe und zwar in Bad Dürkheim und in Landau. Nun gehe es darum, die Agentur aufzubauen. Als nächstes stehe die Gründung eines Beirates an, in dem Landau natürlich auch vertreten sein wolle.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass die Energiewende eine große gesellschaftliche Herausforderung sei. Bei der Umsetzung sei man auf kommunaler Ebene in besonderer Weise gefordert. Das Land habe mit der Landesenergieagentur vorgelegt und den Gebietskörperschaften ein Angebot für die Einrichtung regionaler Energieagenturen gemacht. Diese Prüfung sei Ziel des SPD-Antrages vor einem Jahr gewesen. Er danke ausdrücklich Herrn Klemm als zuständigem Dezernenten, der maßgeblich zu diesem Ergebnis beigetragen habe. Es sei dies ein Erfolg für Landau, zumal das Land die wesentlichen Kosten übernehme. Hinzu komme das große Interesse und Engagement der Universität, die mit im Boot sei. Zwei Standorte in Bad Dürkheim und Landau halte er für eine gute und salomonische Lösung. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass für die CDU zunächst nicht erkennbar gewesen sei, welcher Sinn hinter diesen regionalen Energieagenturen stecke. Unter den vom Land gegebenen Vorgaben, habe der Umweltdezernent ein gutes Ergebnis erzielt. Das Kritische sei, dass diese Energieagenturen etwa 8 Millionen Euro kosten werden, das Gute sei, dass es Landau nichts koste. Unter Bedingung, dass es auch in Zukunft kostenfrei bleibe, könne die CDU-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Brunner freute sich über die Bildung dieser Energieagentur und darüber, dass einer der Standorte in Landau sei. Sie sei guter Dinge, dass damit die Energiewende in der Südpfalz ein gutes Stück vorankomme. Dadurch dass es im Moment nichts koste, sei es ohnehin eine Win-win-Situation. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Gauer sah in der Energieagentur eine Chance und kein Risiko. Auf die Evaluation in 2 Jahren sei man sehr gespannt. Dann erst werde man die Wirkung der Agentur sehen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass diese Energieagentur am Anfang in jedem Fall positiv sei, da es keine Kosten gebe. Er hoffe, dass bei der Neubewertung in 2 Jahren für Landau kein Zugzwang entstehe. Dass der Landkreis Südliche Weinstraße nicht zugestimmt habe, sei schade, habe aber sicher seine Gründe. Was ihm noch fehle sei ein Erfolgsbarometer, um die Frage zu beantworten, ab wann es erfolgreich sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl bezeichnete die Bildung dieser regionalen Energieagentur als wichtiges umweltpolitisches Signal. Hier habe das Land eine gute Vorreiterfunktion, in dem es die Kommunen



mit der Bildung der regionalen Agenturen unterstütze. Die zwei Standorte in Bad Dürkheim und Landau seien eine kluge Lösung, mit der auch die Universität ihre Kompetenz einbringen könne. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadt Landau beteiligt sich zusammen mit den Landkreisen Südliche Weinstraße, Germersheim und Bad Dürkheim an einer gemeinsamen Energieagentur „Region Weinstraße, Südpfalz“. Weiterhin wird dabei versucht, die Stadt Neustadt für diese Kooperation zu gewinnen. Für die Stadt Landau fallen keine Kosten an, da das Land sowohl Personal- als auch Miete und Mietnebenkosten komplett übernimmt. Sollten in späteren Jahren Kosten in Verbindung mit der Beteiligung anfallen, muss der Stadtrat neu entscheiden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan C17 A - Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann, Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. Juli 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass es bemerkenswert sei, dass die Firma Ehrmann als Landauer Unternehmen am Standort Landau erweitern könne. Die Firma sei über Landau hinaus bekannt und ziehe damit viel Kaufkraft nach Landau. Landau habe mit der Beschränkung der zentrenrelevanten Sortimente einen guten Kurs verfolgt. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Eichhorn lobte die Firma Ehrmann als stark prosperierendes Unternehmen. Man sollte daher alles unternehmen, dass die Firma Ehrmann in Landau erhalten bleibe. Daher müsse man die Expansion in Landau unterstützen. Er sehe hier keine Konkurrenz zur Innenstadt, da es hier kein stadtzentrales Sortiment gebe. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass auch die UBFL-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Es würden hier wieder neue Arbeitsplätze geschaffen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „C17 A - Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann“ vom Dezember 2011 entsprechend den in der als Anlage 2 beigefügten Synopse vom Februar 2012 niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „C17 A - Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann“ vom Dezember 2011 entsprechend den in der als Anlage 3 beigefügten Synopse vom Februar 2012 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „C17 A - Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann“ vom Februar 2012 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom Mai 2012 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 4. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C17 A - Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann“ einschließlich der textlichen Festsetzungen und Hinweise wird in der Fassung vom August 2012 als Satzung beschlossen und die Begründung sowie der vom Vorhabenträger, Herrn Horst Ehrmann, vorgelegte Vorhaben- und Erschließungsplan gebilligt (Anlage 1).**

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

**Erweiterung des Verbrauchermarktes SBK in der Johannes-Kopp-Straße/
Guldengewann, Landau in der Pfalz**



Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 21. August 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Eine Verbesserung der Qualität sei letztlich nur möglich, wenn man in die Fläche gehe. Diese Erweiterung könne allerdings Konsequenzen haben für den Einzelhandelsstandort in der Cornichonstraße. In der Abwägung sei aber klar, dem vorhandenen Betrieb Vorrang einzuräumen.

Ratsmitglied Dr. Kopf machte deutlich, dass es mit diesem Beschluss auch um den geplanten Vollsortimenter in der Südstadt gehe. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dieser Sitzungsvorlage zu. Diese Modernisierung sei sinnvoll, wichtig und unternehmerisch nachvollziehbar. Allerdings müsse ein klares Signal gegeben werden, dass noch mehr Verkaufsfläche an dieser Stelle nicht möglich sei. Der Standort für den geplanten Vollsortimenter in der Cornichonstraße sei hinsichtlich der benötigten Käuferströme nicht sehr stark. Von Seiten der Einzelhändler bestehe durchaus Interesse einen Vollsortimenter im Süden der Stadt anzusiedeln. Diese würden nach Standorten suchen. Man sollte daher später darüber nachdenken, ob nicht auch andere Standorte in Frage kämen und rechtlich durchsetzbar wären.

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Es gehe hier nicht nur um eine Erweiterung, sondern auch um eine Standortmodernisierung. Dem Standort an der Cornichonstraße für einen Vollsortimenter gebe man keine Zukunft.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass SBK ein großes Einzugsgebiet habe. Hier sei auch ein gewisser Synergieeffekt vorhanden, da der Verwaltungssitz ebenfalls hierhin verlegt werde. Zudem sei auch die Erweiterung noch verträglich. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Einer Erweiterung der Verkaufsfläche des Verbrauchermarktes SBK in der Johannes-Kopp-Straße/ Guldengewann, Landau in der Pfalz von derzeit rund 4.550 m² um rund 1.000 m² wird trotz der Kenntnis, dass die Erweiterung den Einzelhandelsstandort in der Cornichonstraße gefährden kann, zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 stattfinden werde.

Ratsmitglied Doll wollte wissen, ob es bezüglich des defekten Aufzugs am Hauptbahnhof neue Erkenntnisse gebe.

Der Vorsitzende unterstrich, dass die Zustände nicht tragbar und inakzeptabel seien. Daher werde man den Aufzug derzeit nicht übernehmen.

Ratsmitglied Lerch bat um einen kurzen Bericht über den Sachstand für den Neubau eines Polizeigebäudes.

Herr Messemer erläuterte, dass es gestern ein Gespräch beim LBB gegeben habe. Es seien dabei alle möglichen Standorte ausgelotet worden. Es solle nun nochmal eine öffentliche Marktabfrage erfolgen.

Herr Kamplade ergänzte, dass Vorzugsvariante des LBB und der Polizei der Standort an der Queichheimer Brücke sei. Als zeitlicher Rahmen sei das Jahr 2016 genannt worden.



Die Niederschrift über die 41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 01.10.2013 umfasst 18 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 349.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete